

Beschlussempfehlung und Bericht

des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Enrico Komning, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/4305 –**

Der Mittelstand ist systemrelevant – Regierungspolitik angesichts aktueller Krisen pragmatisch gestalten und die wirklichen Probleme angehen

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, den Mittelstand und die Mittelschicht durch geeignete Maßnahmen der Wirtschafts- und Ordnungspolitik umfassend zu entlasten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/4305 abzulehnen.

Berlin, den 8. Februar 2023

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Enrico Komning
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Enrico Komning

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/4305** wurde in der 65. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. November 2022 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Gesundheit und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 20/4305 stellende Fraktion der AfD stellt fest, dass die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Deutschland systemrelevant seien. Diese Unternehmen würden durch die Corona-Pandemie, die Energiekrise, die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank sowie durch Steuern und Abgaben geschädigt. Daher fordert die Fraktion der AfD, dass die Bundesregierung die Entlastung des Mittelstands in ihrer Wirtschafts- und Ordnungspolitik priorisieren müsse. Dies solle durch Nichtabschaltung von Kernkraftwerken und die Inbetriebnahme bereits abgeschalteter Kernkraftwerke sowie die Absenkung der Steuern auf den Verbrauch von Energieträgern erfolgen. Weiter stellt sie dar, dass es keine weiteren Wirtschaftssanktionen gegen Russland geben dürfe. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energieträgern müsse reduziert werden, wobei auch die Erschließung von Erdgas und Kohle in Deutschland zu prüfen sei. Außerdem sei ein Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem sämtliche infolge der Corona-Pandemie erfolgten Auflagen aufgehoben würden. Auf europäischer Ebene sei es erforderlich, darauf hinzuwirken, dass die Europäische Zentralbank Geldwertstabilität und damit Planungssicherheit für den Mittelstand gewährleiste. Alle Vorschriften, die den KMU nicht aus wirtschaftlichen Gründen, sondern aus solchen der Gleichstellung, des Klimaschutzes oder aufgrund der Corona-Pandemie gemacht würden, müssten ersatzlos gestrichen werden. Auf die weiteren Forderungen der Fraktion der AfD im Antrag auf Drucksache 20/4305 wird verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4305 in seiner 32. Sitzung am 8. Februar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4305 in seiner 42. Sitzung am 8. Februar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4305 in seiner 39. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/4305 in seiner 37. Sitzung am 8. Februar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 20/4305 in seiner 53. Sitzung am 8. Februar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 20/4305 in seiner 50. Sitzung am 8. Februar 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/4305 in seiner 34. Sitzung am 8. Februar 2023 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/4305 zu empfehlen.

Berlin, den 8. Februar 2023

Enrico Komning
Berichtersteller